

**Per E-Mail**

Eidgenössisches Departement des Innern  
Bundesamt für Sozialversicherungen

c/o Kaufmännischer Verband Schweiz  
Hans-Huber-Strasse 4  
Postfach 1853  
CH-8027

E-Mail: katharina.schubarth@bsv.admin.ch

Zürich, 20. September 2019

**Vernehmlassung zum Bundesgesetz über Überbrückungsleistungen für ältere Arbeitslose**

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Gerne nehmen die Verbände der *plattform*, der Kaufmännische Verband Schweiz, Angestellte Schweiz, die Schweizer Kader Organisation, die Zürcher Gesellschaft für Personalmanagement sowie veb.ch, die Gelegenheit wahr, sich im Rahmen der oben genannten Vernehmlassung zu äussern.

*Allgemeine Bemerkungen*

Am 15. Mai 2019 beschloss der Bundesrat eine Reihe von Massnahmen zur Förderung des inländischen Arbeitskräftepotenzials. Sie zielen darauf ab, die Arbeitsmarktfähigkeit von älteren Arbeitskräften zu sichern, schwer vermittelbaren Stellensuchenden den Schritt in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen und in der Schweiz lebende Ausländer besser in diesen zu integrieren. Die Angestelltenverbände der *plattform* begrüessen den Ansatz, bedauern aber, dass die Arbeitsmarktintegration von Frauen, welche eine weit grössere Gruppe von nicht erwerbstätigen Fachkräften darstellt, nicht spezifisch thematisiert wurde. Gerade Massnahmen, die finanzielle Anreize schaffen (z.B. Individualbesteuerung) oder die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben verbessern (z.B. familienexterne Kinderbetreuung), haben einen signifikanten Erwerbseffekt auf die oftmals gutausgebildeten Frauen in der Schweiz. Dabei stellt sich auch die Frage, ob die vorgestellten Massnahmen Teil einer **Gesamtstrategie für den Schweizer Arbeitsmarkt** sind.

Der EU Bericht "Demographic Scenarios for the EU" (2019), zeigt eindrücklich auf, welchen Einfluss der demographische Wandel auf den Arbeitsmarkt der Zukunft hat. Während sich der Druck auf die älteren Arbeitnehmenden auf dem Arbeitsmarkt durch die Pensionierung der geburtenstarken Jahrgänge stark abschwächt, wird sich der Altersabhängigkeitsquotient der meisten Industrieländer deutlich erhöhen. Der einzige Faktor, ausser hoher internationaler Zuwanderung und einer massiv erhöhten Fruchtbarkeitsrate, der dies abschwächt, ist eine hohe Arbeitsmarkteteiligung der Bevölkerung, das heisst vor allem der Frauen. Das zeigen die Szenarien für Länder wie Schweden, wo der Altersabhängigkeitsquotient dank der grösseren Erwerbsbevölkerung am wenigsten ansteigt.

Die Überbrückungsleistung für ältere Arbeitslose, im Rahmen des "Massnahmenpakets zur Förderung und zum Schutz des inländischen Arbeitskräftepotenzials", entspricht einem Bedürfnis aus Sicht der geburtenstarken Jahrgänge kurz vor der Pensionierung. Diese haben zwar eine hohe Erwerbsbeteiligung, haben aber tendenziell mehr Mühe, bei Arbeitslosigkeit wieder Arbeit zu finden. Die jetzige Regelung kann dazu führen, dass Menschen, die ein Leben lang gearbeitet haben, in der Sozialhilfe landen, weil sie keine neue Beschäftigung finden und nach der gesetzlichen Rahmenfrist ausgesteuert werden. Die Übergangsleistung hilft hier weiter und ermöglicht einen vorzeitigen Übergang in die Rente ohne

finanziellen Abstriche für die Betroffenen. Sie führt die Betroffenen aber nicht mehr dem Arbeitsmarkt zu. Hier tragen nach Ansicht der *plattform*-Verbände auch die Arbeitgeber eine Verantwortung. Die Sozialversicherungen in der Schweiz sollen zwar ein Auffangnetz bieten, die Arbeitgeber müssen aber auch Anstrengungen unternehmen, das Altersmanagement in den Unternehmen zu verbessern. Die *plattform* arbeitet hierzu an innovativen Lösungen.

Die Übergangsleistung ist ein Bindeglied zwischen Arbeitslosigkeit und Rente. Was noch fehlt, ist die Einbettung in eine grundlegende Strategie zur Reform der Altersvorsorge. Die im Sommer vorgeschlagenen Reformen von Bundesrat und vier Dachverbänden auf Arbeitnehmer- und Arbeitgeberseite nehmen etwas vom finanziellen Druck auf die Vorsorgeeinrichtungen. Die Rechnung geht aber aufgrund des demographischen Wandels nicht auf und die Reformen sind nicht nachhaltig. Viel zu wenig Beitragszahler stehen einer immer wachsenden Gruppe von Rentnern gegenüber. Es muss im Interesse des Bundesrats sein, eine **grundlegende Diskussion zur Finanzierung der Altersvorsorge** anzuregen.

Schliesslich betritt die Schweiz mit der vorgeschlagenen Überbrückungsleistung weitgehend Neuland. Die Wirkung der Massnahme auf den Arbeitsmarkt ist ungewiss. Die Verbände der *plattform* fordern deshalb ein **enges Monitoring der Massnahme**. Erstens sollte sich die Grösse der Gruppe der 50-64-Jährigen nach 2030 aufgrund der zu erwartenden Bevölkerungsentwicklung wieder erheblich reduzieren. Zweitens muss sichergestellt werden, dass die Massnahme nicht zu einer Erhöhung der Entlassungen von Personen Ende 50 führt.

### *Erwägungen einzelne Punkte im erläuternden Bericht des Bundesrats*

#### 1.1.2 Notwendigkeit und Herausforderungen der Personenfreizügigkeit

Gemäss Bericht ist die Notwendigkeit für das im Mai vorgestellte "Massnahmenpaket zur Förderung und zum Schutz des inländischen Arbeitskräftepotenzials" durch die Zuwanderung im Rahmen des Personenfreizügigkeitsabkommens gegeben: "Auf dem Arbeitsmarkt führt die Zuwanderung tendenziell zu kompetitiveren Bedingungen. Die Angst ist verbreitet, die Rekrutierung ausländischer Arbeitskräfte schmälere die Chancen der heimischen Bevölkerung auf dem Arbeitsmarkt". Ein milliardenschweres Massnahmenpaket aufgrund von Möglichkeiten und Ängsten, anstatt Fakten, zu lancieren ist, milde ausgedrückt, bedenklich. Zahlreiche Studien, unter anderem der Observatoriumsbericht des Seco zum Freizügigkeitsabkommen, bestätigen einen solchen Zusammenhang nicht. Es gibt keinen Verdrängungseffekt und keine Auswirkungen auf die Schweizer Löhne. Die *plattform* steht für eine faktenbasierte Politik ein und verlangt dies auch von Grundlagen für Gesetzesentwürfe.

#### 3 Grundzüge der Vorlage

Die *plattform* ist mit der Übernahme der Bestimmungen des revidierten ELG einverstanden. Auch die Voraussetzungen für die Inanspruchnahme der Leistung und die Berechnungsvorschriften sind aus Sicht *plattform* angemessen. Insbesondere die Plafonierung der Überbrückungsleistung um weiterhin Erwerbsanreize zu schaffen sind verbunden mit den anderen Massnahmen im Massnahmenpaket des Bundesrats verständlich.

#### *Fazit*

Die Verbände der *plattform*, befürworten die vorgeschlagenen Massnahmen im Rahmen einer Überbrückungsleistung für ältere Arbeitslose. Sie fordern jedoch mit der Einführung ein enges Monitoring, um die Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt und die Bedarfsentwicklung zu verfolgen und gegebenenfalls Massnahmen zu treffen.

Darüber hinaus regen die *plattform* Verbände den Bundesrat an, künftige Massnahmen in eine Gesamtstrategie für den Arbeitsmarkt einzubetten und nicht auf politische Begehrlichkeiten zu reagieren. Frauen stellen immer noch das mit Abstand grösste Arbeitskräftepotenzial dar. Massnahmen zur Stärkung

desselben sollten deshalb Erwerbsanreize für Frauen stärken. Auch die Finanzierung der Vorsorgeeinrichtungen müssen grundlegend und ohne ideologische Scheuklappen diskutiert werden. Die aktuellen Vorschläge sind nicht nachhaltig.

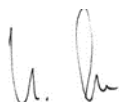
Für die Berücksichtigung unserer Anliegen bedanken wir uns und stehen für allfällige weitere Fragen selbstverständlich gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

Für die *plattform*



Dr. Christian Zünd  
CEO Kaufmännischer Verband  
Schweiz



Dr. Ursula Häfliger  
Geschäftsführerin *die plattform*

**Plattform für Angestelltenpolitik:** *Die plattform vertritt die gemeinsamen politischen Interessen von Angestellte Schweiz, des Kaufmännischen Verbandes (kfmv), der Schweizer Kader Organisation SKO, der Zürcher Gesellschaft für Personal-Management (ZGP) und veb.ch, dem Schweizer Verband für Rechnungslegung, Controlling und Rechnungswesen, gegenüber Politik und Öffentlichkeit. Zusammen vertreten diese Verbände die Anliegen von rund 88'000 Mitgliedern in bildungs-, wirtschafts- und angestelltenpolitischen Themen. Ziel ist es, übergeordnete politische Interessen zu bündeln und konsensorientierten und kompromissfähigen Lösungen zum Durchbruch zu verhelfen.*

---

Weitere Auskünfte Dr. Ursula Häfliger, Geschäftsführerin, [ursula.haefliger@kfmv.ch](mailto:ursula.haefliger@kfmv.ch), +41 44 283 45 78